

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes am 12.12.2015

Vorbereitung des Landesparteitages/der VertreterInnenversammlung

Zu Beginn seiner Tagung befasste sich der Landesvorstand intensiv mit der Vorbereitung der 2. Tagung des 5. Landesparteitages sowie der VertreterInnenversammlung Anfang Januar 2016 in Gägelow bei Wismar.

Es werden jeweils einstimmig die Zeitpläne/Tagesordnungen, die Gremien und die Geschäftsordnung der VertreterInnenversammlung als Vorschlag an die Tagungen beschlossen sowie der Antrag A1 an den Landesparteitag – die Eckpunkte zum Wahlprogramm.

A. Zimmermann informiert über die Arbeit des Landesausschusses (LA) und die getroffenen Beschlüsse. Somit unterbreitet der LA einen gereihten Listenvorschlag für die ersten 20 Plätze und unterbreitet der Versammlung darüber hinaus einen Vorschlag zum Wahlverfahren.

Konstituierung des Landesvorstandes

Der neugewählte Landesvorstand konstituiert sich und gibt sich eine entsprechende Geschäftsordnung. Weiterhin verständigt er sich auf eine Geschäftsverteilung und beschließt einstimmig, Gabriela Buchholz und Sandro Smolka sowie Heidrun Bluhm und André Walther (als Ersatzmitglieder) für den Vorstand in den LA zu entsenden.

K. Kröger wird einmütig erneut zum Landesgeschäftsführer berufen.

Auswertung der 1. Tagung des 5. Landesparteitages

In einer intensiven Diskussion wertet der Landesvorstand mit Mitgliedern der LAG Innenparteilichen Kommunikation den Pasewalker Parteitag aus.

Der Landesvorstand beschließt folgenden Umgang mit den gefassten Beschlüssen:

Die 1. Tagung des 5. Landesparteitages fasste folgende Beschlüsse:

„Aus Liebe zu M-V“

Der Beschluss ist sowohl aktuelle Positionierung als auch Grundlage für die strategische Ausrichtung des Landesverbandes – insbesondere in Vorbereitung der Landtagswahlen 2016.

Verantwortlich für Umsetzung: Landespartei gesamt

Resolution „Für ein solidarische Mecklenburg-Vorpommern“

Diese Resolution ist eine Stellungnahme zur aktuellen Flüchtlingspolitik und formuliert u.a. linke Ansprüche sowie Erwartungshaltungen an Landes- sowie Bundespolitik in dieser Frage.

Verantwortlich für Umsetzung: Landespartei gesamt

Zulassung von landesweit tätigen Zusammenschlüssen

Entsprechend Landessatzung und Beschluss des Landesvorstandes zum Delegiertenschlüssel des 5. Landesparteitages wurden in den LAG´en Delegierte gewählt. Den zugelassenen LAG´en werden finanzielle Mittel zur Realisierung ihrer Aufgaben bereitgestellt. Zu einer ersten gemeinsamen Beratung am 09.12.2015, u.a. in Vorbereitung der Wahlen 2016, wurde bereits eingeladen.

Verantwortlich für LV: Landesschatzmeisterin G. Buchholz / Landesgeschäftsführer K. Kröger

Neubildung von Kreisverbänden

Die Neubildung des Kreisverbandes Vorpommern-Rügen hat faktisch bereits zum 01.07.2015 stattgefunden. Die endgültige Beschlussfassung durch den Landesparteitag ergab sich aus satzungsrechtlichen Gründen.

Verantwortlich für den LV: keine Verantwortlichkeiten erforderlich

Berichte der Landesfinanzrevisionskommission, des Landesvorstandes und des Landesausschusses

Entsprechend Landessatzung sind diese Gremien berichtspflichtig. Hinweise für die weitere Arbeit im Landesverband werden entsprechend beachtet.

Verantwortlich für den LV: Landesvorstand in Gänze

Für alle Beschlüsse gilt:

Alle Papiere stehen seit dem 09.11.2015 im Internet zum Download bereit - alle Gliederungen der Partei wurden diesbezüglich per E-Mail (09.11.2015) und Newsletter (13.11.2015) informiert.

Wahlen/Finanzen

K. Kröger informiert über die aktuelle Arbeit des Landeswahlbüros und u.a. über die bevorstehende Plakatkampagne über die Weihnachtszeit. Es werden erste Überlegungen zur **geplanten Wahlwerkstatt im März 2016 sowie die Idee eines „Jugend-Camps“ im April 2016** diskutiert. P. Bock wird hauptverantwortlich für den Landesvorstand das Jugendcamp, welches den Entwurf des Landtagswahlprogrammes diskutieren soll, vorbereiten.

Der Landesvorstand wird sich auf seiner Tagung im Februar 2016 mit einer Fortschreibung seines Papiers aus dem Mai 2015 zum Umgang mit der AfD verständigen.

Aktuell-Politisch

H. Bluhm informiert zur aktuellen Arbeit im Bundestag und die Abstimmung zum Einsatz der Bundeswehr in Syrien. Der Landesvorstand beschließt einstimmig nachfolgende Resolution:

Nein zu Terrorismus! Nein zu Krieg!

Mit den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris wurde über die Opfer und ihre Angehörigen Tod und unermessliches Leid gebracht. Die Täter zielten nicht nur auf sie, sondern auch auf unsere demokratischen Werte, auf unsere liberale und offene Gesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite Frankreichs, um die Errungenschaften der Französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu verteidigen.

Wir sind aber auch der festen Überzeugung, dass die von der französischen Regierung gewünschte militärische Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ **nicht die richtige Antwort ist. Mit dem am 4. Dezember 2015 durch den Deutschen Bundestag beschlossenen militärischen Einsatz beteiligt sich Deutschland an einem Krieg. Damit droht eine weitere Zuspitzung der ohnehin schon jetzt verheerenden Zustände in Syrien. Dieser innersyrische Konflikt hat dem Land nur Armut, Zerstörung, Krankheit und Tod gebracht. Diese militärische Auseinandersetzung wurde und wird mit ausländischer Unterstützung geführt, die dadurch weiter befeuert wird.**

Eine Rechtsgrundlage für diesen Einsatz gibt es nicht. Weder erfolgt dieser auf Wunsch der legitimierten Regierung, noch gibt es ein hinreichendes UNO-Mandat. Ein Verteidigungsfall besteht ebenfalls nicht. Wir bezweifeln, dass der Einsatz den Anforderungen des Deutschen Grundgesetzes entspricht.

Wir können angesichts der nunmehr jahrelangen Auseinandersetzung nicht erkennen, dass mit der Kriegsbeteiligung Deutschlands, durch noch mehr Bomben und Zerstörung, der Konflikt gelöst werden kann. Eine Ausweitung des Krieges ist keine Lösung für die Probleme in Syrien und kein Mittel im Kampf gegen den Terrorismus, denn Krieg fordert neue Opfer, insbesondere unter der Zivilbevölkerung. Er zerstört die Infrastruktur des Landes und damit die Lebensgrundlagen der Bevölkerung, was **weitere Syrer in die Flucht oder in die Arme des „IS“ treibt. Krieg ist mit seinen unabsehbaren Folgen keine Antwort auf den Terrorismus des „IS“ oder anderer Organisationen.**

DIE LINKE fordert alles zu unternehmen, um zu einer nichtmilitärischen Lösung der **Konflikte in und um Syrien beizutragen. Der „IS“ ist dort anzugreifen, wo er verwundbar ist. Anstatt in die Spirale der militärischen Gewalt einzutreten, fordern wir den Zustrom von Kämpfern zu unterbinden, den Ölhandel zu stoppen und den „IS“ von Finanzierungsmöglichkeiten abzuschneiden.** Angesichts der Tatsache, dass die Täter von Paris keine Ausländer waren, sondern unter uns aufgewachsen sind, braucht es auch mehr Anstrengungen bei uns zu Hause, Terrorismus zu verhindern. In Europa müssen wir unseren Entwurf einer demokratischen, liberalen und sozialen Gesellschaft verteidigen. Sicherheit und gute Lebensperspektiven für alle sind die besten Garanten dafür, dass künftiger Terror in Europa verhindert werden kann.

H. Holter berichtet über die Arbeit der Landtagsfraktion und hier speziell über die bevorstehende Beschlussfassung zum Doppel-Haushalt und zum Eklat rund um die NPD bei der vorangegangenen Landtagssitzung. Weiterhin wertet er die im November stattgefundene Betriebsrätekonferenz als sehr erfolgreich aus.

Es folgen Berichte und Informationen aus den Kreisen und kommunalen Fraktionen.

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 08.01.2016 in Gägelow bei Wismar gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden sowie VertreterInnen des Tagungspräsidiums und der Antragskommission statt.

Ausführliche Informationen und weitere Termine im Internet unter www.die-linke-mv.de.